

Cannabis ist Thema

KREIS LÖRRACH. Die Staatsanwaltschaften Freiburg, Lörrach und Waldshut-Tiengen sowie das Polizeipräsidium Freiburg haben sich gemeinsam auf die Umsetzung des Cannabis-Gesetzes vorbereitet, wie die Behörden mitteilen.

Vor diesem Hintergrund seien in den vergangenen Wochen Abstimmungsgespräche der Behördenleitungen geführt worden, um für Staatsanwaltschaft und Polizei konkrete Rechtsfragen zu erörtern. Weiterhin sei die Polizei auch auf Grundlage der neuen Gesetzeslage verpflichtet, tätig zu werden, wenn der Anfangsverdacht einer Straftat besteht.

Hierzu gehöre etwa, dass das derzeit im Umlauf befindliche Cannabis nicht aus legalen Quellen stammen könne, da die Regelungen zum Erwerb von Cannabis in Anbauvereinbarungen erst am 1. Juli in Kraft treten würden. Somit sei zwar der private Eigenanbau von bis zu drei Cannabispflanzen seit dem 1. April zulässig. Aufgrund der erforderlichen Wachstums- und Trocknungsphase seien konsumfähige Erzeugnisse derzeit ausgeschlossen.

Der Besitz und inländische Erwerb von Cannabis innerhalb der erlaubten Mengen ist aktuell nicht strafbar; strafbar bleiben jedoch die Weitergabe und der Verkauf durch unbekannte Dritte, wie die Behörden in einer Mitteilung von gestern informieren.

Fahrt endet bei der Polizei

REGIO. Ein 36-Jähriger ist beim Versuch, mit einem gefälschten Ausweis nach Deutschland einzureisen, gescheitert. Die Bundespolizei stellte das Dokument sicher und leitete ein Ermittlungsverfahren ein, wie die Bundespolizeiinspektion Weil am Rhein mitteilt.

Der türkische Staatsangehörige befand sich am späten Montagabend mit dem Fernzug auf der Fahrt vom Schweizer Bahnhof SBB nach Deutschland, als er in eine Kontrolle der Bundespolizei kam. Bei der Überprüfung der vorgelegten türkischen Fahrerlaubnis stellten die Einsatzkräfte Fälschungsmerkmale fest und die Fahrt endete bei der Bundespolizei im Badischen Bahnhof.

Wegen des Verdachts der Urkundenfälschung, leitete die Bundespolizei ein Ermittlungsverfahren ein und stellte den gefälschten Ausweis sicher. Danach wurde dem Mann die Einreise nach Deutschland verweigert.

Onlineumfrage

→ In unserer letzten Onlineumfrage wollten wir von unseren Lesern wissen, was sie von der Teillegalisierung von Cannabis halten. 30 Prozent der Umfrageteilnehmer begrüßen das Umdenken in der Drogenpolitik, 70 Prozent sagen, dass die Politik einen Fehler gemacht hat. In unserer **neuen Onlineumfrage** wollen wir von Ihnen erfahren, ob Sie beim Ausbau des Fernwärmenetzes mitmachen. Wollen Sie Ihr Haus, sollte die Möglichkeit bestehen, an die Versorgung mit Fernwärme anschließen lassen? Stimmen Sie ab im Internet unter www.verlagshaus-jaumann.de.

Bürger uneins über Kommunalpolitik

Der Baden-Württemberg-Check kommt zu dem Ergebnis, dass sich etwas mehr als die Hälfte der Bürger an der Kommunalwahl beteiligen wollen. Die Kandidaten der Lörracher Kreistagswahl berichten von politisch interessierten Kreisbewohnern.

■ Von Maja Tolsdorf

KREIS LÖRRACH. Die Stimmung ist mies, die Menschen blicken den nächsten Monaten eher skeptisch bis pessimistisch entgegen. Dies ist das Ergebnis des Baden-Württemberg-Checks, einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach. Diese hat sich jüngst auch mit den bevorstehenden Kommunalwahlen beschäftigt und neben dem Interesse daran auch abgefragt, wie die Wähler entscheiden, wo sie ihr Kreuz machen wollen. So seien 62 Prozent der baden-württembergischen Bevölkerung eingeschlossen, an den Kommunalwahlen im Juni teilzunehmen.

Inhalte sind wichtig

Bei der Entscheidung für bestimmte Kandidaten und Parteien seien die Wahlberechtigten vor allem Inhalte wichtig: 68 Prozent machen ihre Wahlentscheidung von den Zielen und Programmen der Parteien und Kandidaten vor Ort abhängig, 54 Prozent von der Haltung der Parteien und Kandidaten zu bestimmten Projekten. Aber wie bringen Politiker ihre Botschaft an den Bürger? Unsere Zeitung hat bei den Kreistagskandidaten und -fraktionen nachgefragt, die zusätzlich zum persönlichen Kontakt auch andere Kanäle zur Kommunikation nutzen, mit unterschiedlicher Gewichtung.

So sucht die Grünen-Kreistagsfraktion ebenso Möglichkeiten zum Gespräch mit den Bürgern wie die Freien Wähler. So seien die Grünen „möglichst viel und oft vor Ort präsent“, wie Margarete Kurfeß auf Anfrage unserer Zeitung mitteilt.

Kontakt über alle Kanäle

Dazu besuchten die Grünen-Fraktionsmitglieder Veranstaltungen, Vereine oder Schulen. Die Freie-Wähler-Fraktion sei regelmäßig Firmen und Institutionen zu Gast, um sich über mögliche Aufgaben und Problemstellungen der Kreispolitik zu informieren, wie Martin Bühler mitteilt. Wolfgang Fuhl (AfD) schreibt auf Anfrage, dass er sich im Wahlkampf „bisher im Wesentlichen auf persönliche Gespräche“ beschränkt. Denn Social



Für die Mehrheit der Baden-Württemberger geht es im Juni zur Urne, um die Gemeinde- und Kreisräte zu wählen.

Foto: Pixabay

Media werde überschätzt, sei aber in gewissem Umfang nötig. Die FDP nutzt für den Kontakt zu den Bürgern sämtliche Kanäle: das direkte Gespräch und Kandidaten vor Ort abhängig, 54 Prozent von der Haltung der Parteien und Kandidaten zu bestimmten Projekten. Aber wie bringen Politiker ihre Botschaft an den Bürger? Unsere Zeitung hat bei den Kreistagskandidaten und -fraktionen nachgefragt, die zusätzlich zum persönlichen Kontakt auch andere Kanäle zur Kommunikation nutzen, mit unterschiedlicher Gewichtung.

„Hier gibt es einen großen Bedarf an Diskussionen.“

Christoph Hoffmann, FDP

Klaus Eberhardt (SPD) steht seit 2012 regelmäßig in einer Bürgersprechstunde für Fragen und Anregungen der Bürger zur Verfügung, wie er auf Anfrage mitteilt. Zur Coronazeit hatte er diese per Facebook angeboten, was als weitere Kontaktmöglichkeit erhalten blieb.

Will man die Bürger über kommunale Inhalte erreichen, gelinge dies laut Baden-Württemberg-Check vor allem über die Themen Wohnungsbau, Ärzteversorgung, Flüchtlingssituation und Verkehrspolitik. 62 Prozent der baden-württembergischen Bevölkerung halten es für besonders wichtig, dass in ihrer Stadt beziehungsweise ihrer Gemeinde mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird. Knapp jeder Zweite

fordert von Politik und Verwaltung, dass sie sich verstärkt um eine ausreichende Versorgung mit Ärzten bemühen, 38 Prozent eine bessere Bewältigung der Flüchtlingssituation, ebenso viele einen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Die Sanierung von Straßen halten 36 Prozent für besonders dringlich, die Schaffung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten 31 Prozent und die Bekämpfung des Lehrermangels 30 Prozent. Teilweise ist die Agenda von persönlicher Betroffenheit geprägt.

Image durchwachsen

Das Image der Kommunalpolitik ist, entsprechend der allgemein zumeist pessimistisch eingeschätzten Perspektive, eher durchwachsen. Von denjenigen, die sich ausgeprägt für das Geschehen interessieren, bewundern 62 Prozent das Engagement der Räte für kommunalpolitische Anliegen. Das empfinden aber nur 29 Prozent derjenigen, die sich kaum oder gar nicht dafür interessieren. 37 Prozent der Interessierten sind alles in allem mit den Politikern ihrer Kommune zufrieden, von den Desinteressierten nur 14 Prozent. Trotz nicht allzu zuversichtlicher Gesamtstimmungslage der Wähler, sprechen die Lörracher Kreistagskandidaten aber von einer Offenheit gegenüber der Kommunalpolitik. „Wir glauben,

dass die Bürger offen gegenüber politischen Botschaften sind, das haben insbesondere die Demonstrationen für die Demokratie gezeigt“, teilt Martin Bühler (FW) auf Anfrage mit. Von lebendigen Diskussionen vor Ort, bei denen sich die Wähler je nach Betroffenheit stark einbringen, schreibt Klaus Eberhardt (SPD) in seiner Mitteilung.

Auch Margarete Kurfeß (Grüne) spricht von der Bereitschaft von Bürgern, über die politische Sachlage zu sprechen, nachdem sie ihre Anliegen vorbringen konnten. Dass die Wähler politisch interessiert sind, aber erwarten, dass man sich mit ihren Argumenten auseinandersetzt, schreibt Christian Renkert (CDU) in seiner Mitteilung. Christoph Hoffmann (FDP) sieht nach den

„lähmenden Merkel-Jahren und der Corona-Krise eher ein gesteigertes Interesse, sich politisch wieder einzubringen“. Steigende Sozialausgaben durch gesetzliche Vorgaben und Migration gingen für ihn einher mit hohen Steuern, wachsender Verwaltung und einer Wirtschaftsflaute.

Hoffmann meint: „Das sind wichtige Felder für offene Diskussionen. Und hier gibt es einen großen Bedarf an Diskussionen und Lösungen.“ Dass die Wähler mehrheitlich offen seien, die politischen Parteien aber nicht, weil sie unterschiedliche Interessen verfolgten, meint Wolfgang Fuhl (AfD).

Kritik an Kommunalpolitik

Im Rahmen der Studie wird am Image aber auch Kritik geäußert. So finden 33 Prozent der Bürger, dass es in der Kommunalpolitik viele Wichtigtuer gebe. 31 Prozent sind der Meinung, dass Kommunalpolitiker vor allem ihre eigenen Interessen verfolgten.

Nur 24 Prozent der Wähler glauben, dass ohne Kommunalpolitiker in ihrer Gemeinde nichts laufen würde, 22 Prozent sind der Meinung, dass in der Kommunalpolitik häufig heimlich Absprachen getroffen würden und 14 Prozent der Bevölkerung, dass man als Kommunalpolitiker nicht wirklich Einfluss hat.



Wenn Punkte den Führerschein kosten

Recht im Alltag Was Verkehrssünder wissen sollten.

■ Von Rechtsanwältin Claudia Behrschmidt

KREIS LÖRRACH. Nicht jeder Verkehrsverstoß führt zu Punkten. Es werden nur die in Anlage 13 der Fahrerlaubnisverordnung genannten Ordnungswidrigkeiten oder Verkehrsstraftaten eingetragen.

Für Ordnungswidrigkeiten gibt es einen Punkt, für grobe Ordnungswidrigkeiten mit Regelfahrverbot sowie Straftaten werden zwei Punkte eingetragen, drei Punkte werden im Fahrerlaubnisregister in Flensburg für Straftaten mit Entziehung der Fahrerlaubnis eingetragen. Nicht nur Autofahrer



Claudia Behrschmidt Foto: Archiv

bekommen im Fahrerlaubnisregister Punkte eingetragen, sondern auch Verstöße beim Fahrradfahren werden eingetragen.

Wenn man eine bestimmte Anzahl an Punkten gesammelt hat, kann es zu gebührenpflichtigen Führerscheinmaßnahmen durch die Verwaltungsbehörde kommen. Bei vier bis fünf

Punkten wird man mit einer Ermahnung zu einer Veränderung seines Verhaltens aufgefordert. Man kann freiwillig an einem Fahrreignungsseminar teilnehmen, um einen Punkt abzubauen. Bei sechs bis sieben Punkten erhält man eine Verwarnung. Ein Punkteabbau ist nicht mehr möglich. Bei acht Punkten wird die Fahrerlaubnis entzogen. Eine neue Fahrerlaubnis darf dann frühestens nach Ablauf von sechs Monaten erteilt werden.

Die einzelnen Maßnahmenstufen müssen nacheinander erfolgen. Wenn ein Fahrerlaubnisinhaber sechs Punkte erreicht oder überschritten hat, ohne dass die Fahrerlaubnisbehörde zuvor die Maßnahmen nach § 4 Abs. 5 S. 1 Nr. 1 Straßenverkehrsgesetz (Ermahnung) vorgenommen hat, ver-

ringert sich der Punktestand auf fünf Punkte.

Wenn ein Fahrerlaubnisinhaber acht Punkte erreicht oder überschritten hat, ohne dass die Fahrerlaubnisbehörde zuvor die Maßnahme nach § 4 Abs. 5 Nr. 2 Straßenverkehrsgesetz (Verwarnung) vorgenommen hat, reduziert sich der Punktestand dieses Fahrerlaubnisinhabers auf sieben Punkte.

Nach einer gewissen Zeitdauer werden die im Fahrerlaubnisregister eingetragenen Punkte wieder getilgt. Sie werden dann aus dem Fahrerlaubnisregister gelöscht. Bei Ordnungswidrigkeiten mit einem Punkt beträgt die Tilgungsfrist 2,5 Jahre, bei Ordnungswidrigkeiten mit zwei Punkten beträgt die Tilgungs-

frist fünf Jahre, bei Straftaten mit zwei Punkten beträgt die Tilgungsfrist fünf Jahre und bei Straftaten mit drei Punkten beträgt die Tilgungsfrist zehn Jahre. Es gelten starre Tilgungsfristen. Das bedeutet, dass sich die Tilgungsfrist nicht dadurch verlängert, dass ein weiterer Punkt hinzukommt. Jede Eintragung wird nach Ablauf ihrer Frist automatisch getilgt und aus dem Punktekonto in Flensburg entfernt.

Jeder hat Anspruch auf kostenlose Auskunft aus dem Fahrerlaubnisregister. Bei einer drohenden Entziehung der Fahrerlaubnis muss immer genau geprüft werden.

— Die Autorin ist **Fachanwältin für Miet- und Wohnungseigentumsrecht und Verkehrsrecht in der Lörracher Anwaltskanzlei Strecke & Behrschmidt.**